

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 72 (1992)
Heft: 9

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Adam Smith – eine offenbar unversiegbare Quelle von «Irrtümern»

Adam Smith, der missverstandene Klassiker, wie ihn *Egon Tuchtfeldt*¹ nennt, reitet – wieder einmal – auf einer langen Welle der Hochkonjunktur. Sein 200. Todestag (1990) provozierte eine Flut von mehr oder weniger geglückten Würdigungen. Rund 15 Jahre vorher ist sein Hauptwerk «Der Wohlstand der Nationen» 200 Jahre alt geworden. Und ausserdem ist Adam Smith immer gut, wenn es gilt, liberale Thesen aus der Geschichte heraus zu begründen oder zu widerlegen. Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass seit der «Revitalisierung» des marktwirtschaftlich-liberalen Denkens nach dem Zusammenbruch des Roten Imperiums im Jahre 1989 auch dem grossen Schotten eine Revitalisierung zuteil wird bzw. die «Ehre» widerfährt, entweder als Zeuge für eine als wünschbar erachtete ordnungspolitische Entwicklung angerufen oder – umgekehrt – als abschreckender Befürworter eines auf pure *Laissez-faire*-Politik eingeschworenen Elfenbeinturm-Theoretikers hingestellt zu werden. Dieses «Missgeschick» hat Smith übrigens sozusagen postum bis zum heutigen Tag begleitet. Kürzlich etwa wieder in der «Weltwoche», die nicht mit der tief sinnigen Bemerkung zurückhalten mochte, Smith als den *ersten Deregulierer* zu apostrophieren und ihn deshalb auch noch schnurstracks in die *Laissez-faire-Ecke* zu verbannen. Wer solches tut, setzt sich dem Verdacht aus, dass er zwar Klassiker mit leichter Hand zitiert und beurteilt, dass er sich aber wohl kaum mit der gebotenen Sorgfalt und Akribie der

Mühsal unterzogen hat, ihre Werke auch zu lesen. Smith teilt übrigens dieses Schicksal mit andern Klassikern.

Smith – erster Deregulierer? Dieser Gedankensprung wäre, wenn er nicht, wie im «Weltwoche»-Artikel, sarkastisch verwendet würde, gewiss nicht völlig falsch. Denn er lebte ja in der Zeit des von den Physiokraten favorisierten *Merkantilismus*, der mit den absolutistischen und feudalen Herrschaftsformen paktierte und deshalb eine Welt voller Privilegien und Regulierungen staatlicher und zünftischer Natur hervorbrachte. Smith dagegen stand auf dem Boden des *Wettbewerbs*; ihm waren wettbewerbshemmende Praktiken von Staates Gnaden oder von Gewerbetreibenden bzw. Produzenten praktiziert ein Dorn im Auge. Und im «Wohlstand der Nationen» sind denn auch zahlreiche gezielte Hiebe auf Politiker und Geschäftsleute zu finden, die sich auf Kosten der Konsumenten Vorteile verschaffen wollen. «Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen oder Zerstreung, zusammen, ohne dass das Gespräch in eine Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann.²» Smith war, wenn schon, nicht nur der erste Deregulierer, sondern auch der *erste Konsumentenschützer*, freilich ohne die fundamentalistische Eifermentalität seiner Epigonen am Ende des 20. Jahrhunderts. Es ist also durchaus erlaubt, in dieser Beziehung die Phantasie zu mobilisieren und Parallelen zu den Dereg-

lierungsanstrengungen in der Gegenwart zu ziehen.

Nicht erlaubt ist dagegen, Adam Smith deshalb auch kurzerhand als blanken *Laissez-faire-Politiker* abzuqualifizieren. Dieser aus Frankreich stammende Begriff kommt übrigens in seinem Werk nie vor. *Marquis d'Argenson*, ein früher französischer Liberaler, von dem das Wort stammt: «*Pour gouverner mieux il faut gouverner moins*», berichtet in einem Brief an den Herausgeber des «*Journal Oeconomique*», dass *Colbert* – ein strammer Merkantilist – einige Gewerbetreibende in sein Haus geladen und sie befragt habe, was er denn zur Förderung von Handel und Gewerbe tun könne; darauf habe ihm ein *Monsieur le Gendre* geantwortet: «*Laissez-nous faire*»³. Soweit die Geschichte, die denjenigen, der sie kennt, auch dann vor vorschnellen Urteilen warnen sollte, wenn angenommen werden kann, dass Smith dieses geflügelte Wort aus der Literatur der Physiokraten vertraut war.

Smith war nämlich alles andere als ein kruder «*Laissez-faire*»- oder *Manchester-Liberaler*. Aus seinem Werke, freilich nicht nur aus dem «*Wohlstand der Nationen*», sondern auch aus einer ganzen Reihe anderer Werke, insbesondere seinen moral-philosophischen Schriften, geht vielmehr eine *enorme Differenziertheit* hervor. Sie bezieht sich sowohl auf den ethisch-moralischen *Wertekodex* («*Theory of moral sentiments*», 1759), den er vertritt, wie die klassischen Staatsfunktionen und -aufgaben sowie die staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft. Nichts von Nachwächterstaat ist da zu finden, sondern Bekenntnisse zu Staatsaufgaben, die aus der Sicht der damaligen Zeit formuliert wurden und

auch heute noch bedenkenswert sind. Dazu gehören auch Staatseingriffe in die Wirtschaft, zwar nicht irgendwelche Eingriffe, sondern nur solche, die mit der von ihm vertretenen marktwirtschaftlichen Ordnung, mit ihrem Wertfundament und ihrer Funktionalität, kompatibel sind. Heute würde man von *ordnungskonformer Wirtschaftspolitik* sprechen. Natürlich anerkennt auch Smith, wie viele Naturrechtsphilosophen vor und während seiner Zeit, dass der Staat, vorab der absolutistische Staat, keinen Freipass haben soll, nach Belieben in die private Sphäre der Bürger einzugreifen. Der Liberalismus war ideengeschichtlich nie gegen den Staat, aber gegen staatliche Allmacht und Omnipotenz, gegen Missbrauch von Staatsmacht, und mithin für eine genaue Abgrenzung der Staatsaufgaben und für Gewaltenteilung. Insofern laufen auch bei Smith die Marktprozesse nicht in einem staatsfreien oder institutsleeren Raum ab. Die kritische Haltung des Schotten gegen Politiker und Geschäftsleute weist explizit darauf hin, dass ein «*starker Staat*» unverzichtbar ist, was jedoch nicht mit dem Ruf nach einem omnipotenten Staat gleichgesetzt werden darf. Auch in dieser Beziehung liessen sich Parallelen zur Gegenwart herstellen, allerdings nicht so, wie dies in der «*Weltwoche*» geschehen ist.

Willy Linder

¹ Egon Tuchtfeldt, «Über die Staatsfunktionen bei Adam Smith», in: *ORDO*, Bd. 27, Stuttgart 1976, S. 29. – ² Adam Smith, «Der Wohlstand der Nationen», aus dem Englischen übersetzt und mit einer Würdigung von H. C. Recktenwald, München 1974, S. 112. – ³ Zitiert nach F. A. Lutz, «Politische Überzeugungen und nationalökonomische Theorie», Tübingen 1971, S. 24.

Nach bestem Wissen und Gewissen

Wieviel Information erfordert der Europaentscheid?

Die Verunsicherung ist mit Händen zu greifen. Die Schweiz steht vor einem Entscheid, dem engagierte Exponenten aus Politik und Wirtschaft existentielle Bedeutung zumessen – und zwar sowohl in positiver wie in negativer Perspektive. Die *Abstimmung über den EWR-Vertrag* wird zweifellos nicht nur aussenpolitisch, sondern auch innenpolitisch Zeichen setzen. Die Tatsache, dass noch vor der parlamentarischen Beratung, die umständehalber in der problematisch kurzen Frist von weniger als zwei Monaten über die Bühne gehen muss, bei zusehends sinkendem Stimmungspegel bereits erste Parolen gefasst wurden, macht all jenen, die zur Meinungsbildung berufen sind, schwer zu schaffen. Nur schon die Frage, ob die Volksabstimmung bereits im Dezember, entsprechend dem europäischen Fahrplan, aber nur knapp zwei Monate nach dem frühestmöglichen Beschluss der eidgenössischen Räte, oder doch erst im Frühjahr 1993 stattfinden soll, hat zu einem Seilziehen zwischen dem Bundesrat und den mehrheitlich die Vorlage befürwortenden Spitzen der Regierungsparteien geführt.

Aber auch das *Verhalten der Opinion Leader* gibt Zweiflern reichlich Nahrung. Während sich die schon länger überzeugten Gegner laut und mediengerecht in Szene zu setzen wissen, hüllen sich die Kreise, die den EWR während den schwierigen Verhandlungen als valable Alternative zu einem EG-Beitritt und nach dem nicht in allen Punkten befriedigenden Ergebnis doch zumindest als Zwischenlösung mit willkommener Fristerstreckung unterstützten, zu-

meist in fast sibyllinisch anmutendes Schweigen und verfolgen geradezu fatalistisch die *Stimmungskurven der demoskopischen Erhebungen*. Wen wundert's, dass sich diese eher zu pessimistischer Einschätzung hin neigen. Vielleicht vermag die parlamentarische Detailarbeit den vorläufig überwiegend gefühlsmässigen Meinungen doch noch ein sachbezogenes Fundament zu verschaffen.

Es wäre jedoch verfehlt, stets nur den jeweiligen Gegner der Emotionalität zu bezichtigen. Die schwerwiegende Entscheidung verdient, auch in ihrem *sachlichen Gehalt* nach beiden Seiten kritisch geprüft zu werden. Weder für das Ja noch für das Nein zum vorgeschlagenen Integrationsschritt können ehrlicherweise nur Vorteile oder nur Nachteile aufgelistet werden. Und die *grundsätzlichen Gesichtspunkte* sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht – Freihandel, Wettbewerb, direkte Demokratie und Föderalismus – dürfen keinesfalls nach einem bloss arithmetischen Kalkül den nächstliegenden Interessen untergeordnet werden. Auf der anderen Seite darf auch das gemeinsame Interesse an der Erhaltung eines leistungs- und konkurrenzfähigen wirtschaftlichen und politischen Systems nicht einem nostalgischen Fundamentalismus geopfert werden.

Geht man aus von der vielleicht schmerzlichen Erkenntnis, dass in diesem Fall auch ein Veto des Souveräns nicht einfach den Status quo erhält, sondern ebenfalls eine Neuorientierung unseres Landes in einem sich stark verändernden internationalen Umfeld erfordert, so müssten die sich zum Kampf

rüstenden Gegenspieler mindestens in einem Punkt einigen können: dass nämlich der Entscheid von Volk und Ständen auf der Grundlage einer *umfassenden und rückhaltlosen Information* über alle Konsequenzen sowohl eines Ja wie eines Nein getroffen werden sollte. Wer jegliches Bemühen um eine allgemeinverständliche Erläuterung des komplexen Vertragswerks und seiner wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen von vornherein als Propaganda abtut, leistet letztlich der Glaubwürdigkeit unserer Institutionen einen schlechten Dienst. Und wenn sich die zuständigen Behörden dadurch einschüchtern lassen, laufen sie Gefahr, dass sie sich im Falle einer ungünstigen Entwicklung dereinst den Vorwurf zuziehen, sie hät-

ten etwas verschwiegen, das man hätte wissen müssen. Es gibt genügend Möglichkeiten, den Informationsprozess kritisch zu beobachten und sich daran aktiv zu beteiligen. Diese Anstrengung aber zu verhindern oder gar nicht zu wagen, bevor zum Schluss die unvermeidliche Propagandaschlacht beginnt, könnte letztlich zu einem Scherbengericht führen.

Ob ein Ja oder ein Nein die richtige, unseren Interessen insgesamt besser dienende Entscheidung sein wird, mag hier offen bleiben. Nur wenn sie jedoch *nach bestem Wissen und Gewissen* getroffen wird, dürften die Folgen, die so oder so zu gewärtigen sind, mit dem nötigen Selbstbewusstsein zu bewältigen sein.

Ulrich Pfister

Die Sehnsucht gestürzter Denkmäler nach einem Sockel

Die Verbitterung in den neuen Bundesländern Deutschlands hat viele Gründe. Noch immer zunehmende Arbeitslosigkeit, kaum noch erschwingliche Mieten, Rückgabe enteigneten Besitzes, auf dem sich andere als die Enteigner im Rahmen der DDR-Rechtsordnung eine Existenz aufgebaut hatten, sind äussere Folgen der Vereinigung, die den Graben zwischen Ost und West vertiefen. Noch schwerer aber lastet auf den vom Überwachungsstaat glücklich Befreiten, was ein Betroffener mit der Forderung nach Identifikationsmöglichkeiten in der neuen, von wirtschaftlicher Not und Unsicherheit gekennzeichneten Situation zum Ausdruck gebracht hat. Mit der Konfrontation sozialistischer und marktwirtschaftlicher Gesellschaftsordnung hat das we-

niger zu tun als mit dem Bedürfnis des Menschen nach Zugehörigkeit und Gemeinschaft. Den Bürgern des untergegangenen Staatsgebildes, und zwar selbst denen, die dazu Distanz hielten, ist mit dem Lästigen und Verhassten doch auch die eingespielte Gewohnheit, das Arrangement in der auferlegten und allmählich für unabänderlich gehaltenen Situation genommen worden. Zu den objektiven Gründen ihrer Frustration gesellten sich Verlustgefühle, die der Sturz ihrer bisherigen Idole verursacht hat, wobei man sich vergegenwärtigen sollte, dass selbst der Staatsratsvorsitzende Honecker, jetzt eine Unperson, vor kurzem noch für einen nicht geringen Teil der Bevölkerung ein Idol gewesen ist. Und wenn das entschieden nicht der Fall war, so gab es in der DDR

doch immerhin verehrte und bewunderte Sportgrößen, Identifikationsfiguren wie die Sprinterin Krabbe, die nun – und erst noch von Sportgerichten des Westens – demontiert worden sind.

Die Intellektuellen, die Schriftsteller insbesondere, sind ebenfalls «*vom Sokkel geholt*», wie *Günter Kunert* es kühl umschreibt; sie hatten ja auch mit der dramatischen Wende, mit den Bürgerrechtsbewegungen und den Demonstrationen gegen die Macht des Politbüros – von Ausnahmen abgesehen – nichts zu tun. Wer im literarischen Leben der DDR prominent war, war es nicht ohne die tatkräftige Mithilfe parteistaatlicher Organe. Sich mit diesen gut zu stellen oder es doch nicht radikal mit ihnen zu verderben, war die Bedingung, die Prestige, Preise und Privilegien einbrachte. Die Bürger der DDR sind nie gefragt worden, ob sie diesen Staat, den Sozialismus in seiner totalitären Form, überhaupt wollten. Die Intellektuellen hingegen, von denen hier die Rede ist, begrüßten breitwillig die Funktion, die ihnen dieser Staat beim «Aufbau des Sozialismus» zuwies. Sie sagen heute, sie hätten eben eine Utopie gehabt und seien deswegen alsbald auch in Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen geraten. Noch heute keine Spur eines Zweifels, dass die alte wie nun auch die aktuelle Misere eben jener Utopie und nicht bloss einigen Ungeschicklichkeiten bei ihrer Umsetzung zuzuschreiben sein könnten? So war es eben zumeist: Selbst wenn sie sich als Dissidenten verstanden, bezog sich ihr Einspruch auf Methoden und Massnahmen, nie jedoch auf Grundsätzliches. Sie waren weit entfernt davon, das offizielle Phrasengebäude mit aufklärerischer Vernunft zu untersuchen. Gegen den totalen Überwachungsstaat muckten sie nicht auf, höchstens gegen die Zensur

und die Verbote, die ihr künstlerisches Schaffen behinderten. Selbst jetzt noch, da die Machenschaften der Staatssicherheit und ihrer unzähligen Spitzel aufgedeckt sind, kann man aus ihren Reihen hören, die Gauck-Behörde gleiche einem Gewaltinstitut von der Art des einstigen Politbüros. *Stephan Hermlin* möchte zwar nichts gesagt haben, kann sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, die Art dieser Wiedervereinigung erinnere an die Machtergreifung der Nazis (so berichtet *Dieter E. Zimmer* in der «*Zeit*» vom 3. Juli 1992). Dergleichen Bemerkungen zeugen nicht gerade von Besonnenheit oder gar von Selbstprüfung. Da werden Emotionen, Verdächtigungen und Ressentiments verbalisiert, statt dass wenigstens der ehrliche Versuch gewagt würde, an Stelle der verlorenen Identität ein neues, ehrlich erworbenes Selbstbewusstsein aufzubauen. Darin sind sie nicht geübt. Ein so innovativer und produktiver Künstler wie *Heiner Müller* geriet – wie er in einer soeben erschienenen Autobiographie wortreich berichtet – mit seinen Arbeiten oft in Schwierigkeiten, sah sich Aufführungsverboten und dem Ausschluss aus dem Schriftstellerverband ausgesetzt und konnte gar das Gewitter, das sein Stück «*Die Umsiedlerin*» heraufbeschworen hatte, nur durch eine würdelose Selbstkritik einigermaßen abwenden. Mag sein, dass eine derartige Selbstverleugnung unter den gegebenen Umständen unvermeidlich war; nicht unvermeidlich wäre gewesen, die Privilegien der Prominenz zu genießen, die man sich damit bewahrte. Über Fragen, die sich dazu stellen müssten, geht der Autor mit einem erschreckenden Satz hinweg: «*Mir war das Schreiben wichtiger als meine Moral.*»

Kulturprominenz in der DDR kam nicht zustande allein durch künstleri-

sche und geistige Leistung. Es bedurfte der staatlichen Zulassung in den Kreis der zur Verehrung und Bewunderung Zugelassenen. Ich sage nicht, es gebe deshalb keine bewundernswürdige, echte und bedeutende Literatur und Kunst aus der ehemaligen DDR. Aber die gesellschaftliche Stellung, die hervorgehobene Bedeutung der Autorinnen und Autoren, die der verschwundene Staatsapparat nicht anders als diejenige der gedopten Spitzensportler durch mancherlei Massnahmen kräftig förderte, die ist jetzt weg. Die Intellektuellen, die der Staat gesellschaftlich erhöht hat, sind vom Sockel geholt und auf den Boden der Realitäten gestellt. Wenn sie jetzt in der Sammelbewegung des soeben gegründeten «Komitees für Gerechtigkeit» neben Gregor Gysi und Peter-Michael Diestel als Initianten zu finden sind, so setzen sie sich dem Verdacht

aus, unter Gerechtigkeit sei vornehmlich auch zu verstehen, dass man sie baldmöglichst wieder da hinaufstelle. Das Komitee, das sei ausdrücklich wiederholt, verweist auf Fehler bei der Wiedervereinigung, auf Verbitterung und Frustration als Folgen, die nicht länger übersehen werden dürfen, weil sie die noch lange nicht erreichte innere Einheit in ihren Grundlagen gefährden. Aber dass *Stephan Hermlin*, *Heiner Müller*, *Stefan Heym*, auch der aus Gründen seiner Stasi-Verbindungen entlassene Rektor *Heinrich Fink* von der Humboldt-Universität zusammen mit anderer DDR-Kulturprominenz zu den Erstunterzeichnern zählen, ist der Sache eher schädlich. Es zeugt allein von der Sehnsucht gestürzter Denkmäler nach einem Sockel, – oder von ihrer Illusion, sie stünden noch immer oben.

Anton Krättli

